Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 61 (1981)

Heft: 4

Vorwort: Die erste Seite

Autor: Krättli, Anton

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die erste Seite

N DEN WELTGESCHICHTLICHEN BETRACHTUNGEN sagt Jacob Burckhardt, die Demokratie sei «die Überwältigung des Staates durch die Kultur». Die provokante Definition bezieht sich auf das Athen des Perikles, vielleicht mehr noch auf einen Idealzustand, in den Burckhardt die griechische Polis erhoben hat. Mit dem Heraufkommen der Idee der Volkssouveränität in der Neuzeit sieht er dann zersetzende Reflexion am Werk. Von unten herauf werde kein besonderes Recht des Staates mehr anerkannt. Alles sei diskutabel: «Der Staat soll also einesteils die Verwirklichung und der Ausdruck der Kulturideen jeder Partei sein, andernteils nur das sichtbare Gewand des bürgerlichen Lebens und ja nur ad hoc allmächtig! Er soll alles mögliche können, aber nichts mehr dürfen . . .» Demokratie erscheint in einem Zwielicht, als eine sowohl erstrebenswerte wie aus ihren eigenen Bedingungen heraus verletzliche Staatsform. Sie setzt ein Grundverhalten voraus, das die kritische Auseinandersetzung bejaht, aber nicht bis zur Selbstzerstörung treibt. Der Ruf nach mehr Demokratie, der unsere aktuelle politische Szene beherrscht, der Trend zur totalen Volkssouveränität, der in Erscheinungen wie der Bürgerinitiative oder der Vollversammlung seinen Ausdruck findet, sind darum immer auch danach zu befragen, ob sie mit der Abkehr von Formen und Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie nicht die Abkehr vom demokratischen Staat überhaupt meinen. Sozusagen von heute auf morgen ist ein neuer Begriff in die öffentliche Diskussion eingedrungen, der Befürchtungen dieser Art anzeigt: der Begriff der politischen Kultur. Er bezeichnet umfassend, was offenbar mehr und mehr vermisst wird. Nicht nur grenzüberschreitende Erscheinungen wie die Jugendkrawalle oder die Hausbesetzungen rücken als Symptome dieses Mangels ins Blickfeld, sondern ganz allgemein die Verwilderung der politischen Sitten, die Erniedrigung der politischen Argumentation zur effektvollen Show an den Medien, der billige Trick, blosse Parteilichkeit für kritischen Journalismus auszugeben. Vielleicht hat die Erweiterung des Kulturbegriffs einige aufmerksame Beobachter sensibilisiert dafür, dass der Geist, in dem die öffentlichen Dinge behandelt werden, von der «Überwältigung des Staates durch die Kultur» weit entfernt ist, die Jacob Burckhardt gemeint hat.

Anton Krättli